

# Kraakauer Zeitung.

Nr. 36.

Mittwoch den 14. Februar

1866.

Die „Kraakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnement-Preis für Kraakau 3 fl., mit Versandung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Annoucens übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anzeigblatt für die vierseitige Petzitzte 5 Mr., im Anzeigblatt für die erste Ein- rückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Nr. 3030.

Die f. f. Statthalterei hat über Vorschlag des Professoren-Collegiums der medicinischen Facultät an der Wiener Universität die erledigten zwei Krausnekerischen Stipendien im jährlichen Betrage von Drei Hundert Fünfzehn (315) Gulden d. W. den Medicinern des I. Jahrganges an der Universität in Wien und zwar

1. Xavier Krausneker aus dem Titel der Angehörigkeit zur Familie des gottseligen Stifters Peter Krausneker, und  
2. Ladislaus Lipinski, Lemberger Bürgersohn, bis zur Vollendung der Studien und Erlangung der Doctorswürde verliehen.  
Lemberg, am 31. Jänner 1866.

Nr. 3638.

Seine Exzellenz der Herr Statthalter haben vom Schuljahr 1865/6 angefangen dem Schüler der IV. Classe am Samborer Gymnasium Stefan Dzurdza-Sielecki ein Familientipendium jährlicher 210 fl. d. W. aus der Angela Sieleckischen Stiftung verliehen.

Bon der f. f. Statthalterei  
Lemberg, am 27. Jänner 1866.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterschrieben Diplome den Director der Gemäldegalerie im Belvedere saß. Nach Graemus Engert als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordenskavaliere gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergrädig zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. Februar d. J. dem mährisch-schlesischen Oberlandesgerichtsrath Johann Krugiger in Anerkennung seiner mehr als vierzigjährigen treuen und ausgezeichneten Dienstleistung den Titel eines Ritterordens allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. December v. J. allergrädig zu gestalten geruht, daß die f. f. Generalmajorsgattin Vittoria Lazar von Cissa den kaiserlich mexicanischen San-Carlos-Orden annehmen und tragen darf.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben dem Administrator des Komitate Julius Lipinsky von Kisfalud die f. f. Ritterstand allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. dem Rechnungsrevidenten im Ministerium für Handel und Volkswirthschaft Julius Klepczka in Anerkennung seiner besonders eifrigsten Dienstleistung den Titel und Charakter eines Rechnungsrathes allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. Februar d. J. den Grafen Agoston Goluchowski, Vladimir Dzieduszycy und Alfred Potocki, dem Ritter Ludwig v. Strzyzki, dem Dr. Franz Smolka und dem Director der Lemberger Filial der privilegierten österreichischen Nationalbank Joseph Kolischet die Einleitung der vorbereitenden Maßregeln für die Gründung einer galizischen Hypothekenbank auf Aktien in Lemberg zur Belohnung städtischer Realitäten allergrädig zu bewilligen geruht.

Der Staatsminister hat den Studienbibliothekar in Klagenfurt Dr. Ignaz Tomaszet zum Universitätsbibliothekar in Graz ernannt.

Die königlich ungarische Hofanzlei hat bei dem Rechnungs-Departement derselben erledigte systematische Rechnungsrathstelle dem mit dem Titel und Charakter eines Rechnungsrathes basellbst angestellten Ludwig Kindermann verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

Der Ausgleich mit Ungarn.

Ein Artikel der „G. B.-Z.“ bespricht in treffender Weise den Adressentwurf des ungarischen Landtages von 1866. Die Aufstellungen kommen dabei nicht gut weg. Der Landtag, heißt es in demselben, verlangt weitergehend als im Jahre 1861, die Ergänzung Kroatiens durch Dalmatien. Wir haben schon einmal gezeigt, daß Dalmatien nie einen Bestandtheil der Krone Iwanimir's bildete. In Dalmatien galt nie ungarisches Recht, bestand nie die ungarische Municipalverfassung und nie ward es als ein Ganzes auf dem ungarischen Reichstage vertreten. In den Zeiten der höchsten Macht befand sich Ungarn nur einen Theil Dalmatiens, nie das ganze Land, und dieser Theil wurde immer durch die venezianische Republik streitig gemacht, bis er endlich unter dem Nachfolger Ludwig des Großen, Kaiser und König Sigmund gänzlich verloren ging. Die Adresse weicht der Revision der 1848er Gesetze durch

eine sophistische Folgerung aus, indem sie sagt: „Nur der gekrönte König könne im Vereine mit dem Landtage Gesetze machen, daher könne die Revision der Gesetze von 1848 erst nach geschehener Inaugurierung des Königs und vorhergegangener praktischer Ausführung der fraglichen Gesetze vorgenommen werden.“

Diese ganze Behauptung ist staatsrechtlich vollkommen irrig. Wussten denn die Herren der Adresscommission nicht, daß im Corpus juris Gesetzartikel, vor der Krönung gegeben, existiren? Wohl ist es wahr, daß mit dem feierlichen Acte der Sanction verehrene Gesetze einzig durch den gekrönten König können publicirt werden; doch das Verfahren bei Gesetzartikeln vor der Krönung ist Folgendes: Zene-

Gegenstände, über welche Gesetze vor der Krönung sollen verfaßt werden, müssen der förmlichen parlamentarischen Verhandlung unterzogen, in die Form der Gesetze gegossen und dem zu krönenden Könige zur Billigung und Annahme unterbreitet werden.

Hat sie dann der Monarch gebilligt, angenommen und ist die Krönung vollzogen, so tritt der feierliche Act der Sanction hinzu. Das Verfahren bei diesem

ganzen Vorgange ist ein zweiteilig bindender Vertrag zwischen dem Monarchen und dem Landtage; denn einerseits darf der Landtag die Gesetzartikel, welche auf solche Weise mit dem Herrscher vereinbart wurden, nach vollzogener Krönung keiner neuen Verhandlung unterziehen, andererseits kann der König nach der Krönung die Sanction nicht verweigern.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterschrieben Diplome den Chef der gleichnamigen optisch-mechanischen Anstalt Friedrich Voigtländer in den Adelstand des österreichischen Kaiserstaates allergrädig zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung ddo. Ocen am 9. Februar d. J. dem Sectionsträthe im Polizeiministerium Melchior Magenhofer in Anerkennung seiner erprobtesten Dienstleistung den Titel der eisernen Krone dritter Classe allergrädig tarfrei zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. December v. J. allergrädig zu gestalten geruht, daß die f. f. Generalmajorsgattin Vittoria Lazar von Cissa den kaiserlich mexicanischen San-Carlos-Orden annehmen

und tragen darf.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben dem Administrator des Komitates Julius Lipinsky von Kisfalud die f. f. Ritterstand allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. dem Rechnungsrevidenten im Ministerium für Handel und Volkswirthschaft Julius Klepczka in Anerkennung seiner besonders eifrigsten Dienstleistung den Titel und Charakter eines Rechnungsrathes allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. Februar d. J. den Grafen Agoston Goluchowski, Vladimir Dzieduszycy und Alfred Potocki, dem Ritter Ludwig v. Strzyzki, dem Dr. Franz Smolka und dem Director der Lemberger Filial der privilegierten österreichischen Nationalbank Joseph Kolischet die Einleitung der vorbereitenden Maßregeln für die Gründung einer galizischen Hypothekenbank auf Aktien in Lemberg zur Belohnung städtischer Realitäten allergrädig zu bewilligen geruht.

Der Staatsminister hat den Studienbibliothekar in Klagenfurt Dr. Ignaz Tomaszet zum Universitätsbibliothekar in Graz ernannt.

Die königlich ungarische Hofanzlei hat bei dem Rechnungs-Departement derselben erledigte systematische Rechnungsrathstelle dem mit dem Titel und Charakter eines Rechnungsrathes basellbst angestellten Ludwig Kindermann verliehen.

Die „Wiener Abendpost“ erklärt ausdrücklich, daß von einer Note des Grafen Bismarck, worin die Gasteiner Convention — gekündigt wird, in Wien nichts bekannt sei, wie denn überhaupt seit dem Abschluß der Convention zwischen den beiden deutschen Großmächten kein Notenwechsel stattgefunden haben darf, der die definitive Gestaltung der Herzogthümer zum Gegenstande gehabt hätte.

Wenn Graf Bismarck, schreibt die „Debatte“, wirklich den Moment für günstig erachtet, von den Fesseln des Gasteiner Vertrages sich zu befreien, um die Herzogthümerfrage wieder auf die Basis der Personal-Union zu stellen, d. h. auf seine Februardepeche zurückzugehen, dann würde auch wohl Österreich seinerseits auf seine Märzdepeche, die jene Februarantrede beantwortet, zurückzugehen veranlaßt sein, d. h. wiederholt zu erklären, daß er jenen Vorschlägen nie zustimmen könnte, insofern die Ausführung den Herzogthümern gestatten würde, sich als selbstständigen Bundesstaat zu constituiiren, immer vorbehaltlich der Lösung der Souveränitätsfrage nach den für diese Untersuchung maßgebenden gesetzlichen und internationalen Normen. Denn das ist wohl im Auge zu behalten, selbst die vollinhaltliche Annahme der Februarbedingungen wäre noch nicht die Personalunion in dem Sinn, wie Lauenburg mit der Krone Preußens verbunden ist, sondern jene Bedingungen waren unter der Voraussetzung gestellt, daß der als successionsberechtigt nachgewiesene Souverän die Regierung erhalten sollte. Als Forum der Entscheidung dieser Frage, kann aber das preußische Kronsyndicat, falls man etwa auf dessen bekannte Entscheidung verweisen sollte, nicht angesehen werden. Im Ubrigen hat vorläufig das preußische Cabinet sich weder gegen die Fortsetzung der Gasteiner Convention noch für den Standpunkt des Februar erklärt, sondern eben nur Beschwerde geführt gegen die Zulassung der Altonaer Versammlung, welche Beschwerde eben auf Grund des Gasteiner Vertrags zurückgewiesen wurde. Das Weitere wäre erst abzuwarten.

Eine von den „Hamb. Nachr.“ mit geprägter Schrift abgedruckte officielle Mitteilung behagt: Sobald die Herzogthümer unter eine nichtpreußische Souveränität kommen sollten, so müßte Preußen auf seinen Februarforderungen unbedingt bestehen, zur Verhinderung der Eventualität, daß daraus ein Stützpunkt antipreußischer Tendenzen diplomatisch oder militärisch gemacht werde. Und diese Februarforderungen müßte Preußen mit Gewalt durchsetzen. Auch könnte es den Herzogthümern niemals das Recht zu gestehen, die Februarforderungen zu verweigern.

Die „Köln. Itz.“ läßt sich aus Wien schreiben: Die dem Vernehmen nach vom 27. Jänner datirte, von Berlin nach Wien gegangene preußische Verbalnote behandelt die Vorgänge in Holstein in sehr erster Weise. Es wird wiederholt das Befremden ausgedrückt, daß trotz der bedauernden Versicherungen des österreichischen Ministeriums und der in Aussicht gestellten Abstellung dieser Zustände, Holstein fortwährend der Mittelpunkt der Umsturzpartei und der gehässigsten Agitationen gegen Preußen sei. Von Seiten der Landesregierung und des Statthalters geschehe nichts, um diesen Missständen abzuheilen. Allerdings ist es vollkommen Mitbesieger in Holstein und sich nur mit Bedauern, im Falle man den Gasteiner Vertrag einseitig breche, dazu genötigt, das materielle und geistige Wohl von Laufenden und aber Laufenden ruhig und praktisch erwägen sollen. Wenn die Herren Mitglieder der Adresscommission Rudolph Gneist's Meisterwerk über die englische Communalverfassung studirt haben, so ist es uns unbegreiflich, wie sie unter dem Deckmantel der Rechtscontinuität ein solches Element der Anarchie wie die Municipien von 1848 dem Lande einimpfen wollen, wenn auch angeblich nur momentan. Was das Verlangen eines verantwortlichen Ministeriums anbelangt, so glauben wir nicht, daß es einem unbefangenen Menschen möglich sein wird, zu glauben, daß zwei gleich mächtige Länderkomplexe unter einem Scepter stehen können, wenn in beiden eine unabkömmlinge parlamentarische Regierung besteht. Da! in diesem Falle müßten die Sonderinteressen der beiden Länder eben so gewiß zu brennenden, blutigen Fragen werden, als Schottland und England nach dem Zeugnisse Macaulay's kurze Zeit vor der Vereinigung bereits wieder am Rande des Krieges standen, trotzdem daß die Kronen beider Länder auf einem Haupte saßen. Wie man übrigens das Municipal-System von 1847 oder die Organisirung der Comitate nach den Prinzipien von 1848 in Einklang bringen könnte mit einem verantwortlichen Ministerium, das auseinander zu segnen und zu beweisen, überlassen wir getrost jedem Manne, der in den Vierziger Jahren eine gebarnische Broschüre gegen das ungarische Municipal-System vom Stapel laufen ließ und heute in eben diesem Systeme ein Element der Freiheit, der Cultur und des parlamentarischen Regiments findet. (Wir bemerken hiebei, daß der Artikel von einem, nicht den Regierungskreisen angehörigen Ungarn herröhrt.)

Dem „Pester Lloyd“ geht aus einer Quelle, welche er für authentisch hält, die Mitteilung zu, daß die Rechtscontinuität in Ungarn in allen Punkten Genüge geleistet werden wird. Selbst der wesentlichste Theil der Forderungen dürfte zu den erreidbaren Dingen gehören. Nach Entgegnahme der Adressen werde der Landtag aufgesordert werden, alle darin verheissenen Berathungen über die Lösung der Verfassungsfragen fortzusetzen und die bezüglichen Gesetze entwürfe vorzubereiten. Nachdem jedoch nur der geistige König Gesetze sanctioniren kann, werde Se. f. f. der ungarische Nationalrat die Krone Iwanimir's bildete. In Dalmatien galt nie ungarisches Recht, bestand nie die ungarische Municipalverfassung und nie ward es als ein Ganzes auf dem ungarischen Reichstage vertreten. In den Zeiten der höchsten Macht befand sich Ungarn nur einen Theil Dalmatiens, nie das ganze Land, und dieser Theil wurde immer durch die venezianische Republik streitig gemacht, bis er endlich unter dem Nachfolger Ludwig des Großen, Kaiser und König Sigmund gänzlich verloren ging. Die Adresse weicht der Revision der 1848er Gesetze durch

die „Wiener Abendpost“ erklärt ausdrücklich, daß von einer Note des Grafen Bismarck, worin die Gasteiner Convention — gekündigt wird, in Wien nichts bekannt sei, wie denn überhaupt seit dem Abschluß der Convention zwischen den beiden deutschen Großmächten kein Notenwechsel stattgefunden haben darf, der die definitive Gestaltung der Herzogthümer zum Gegenstande gehabt hätte. Wenn Graf Bismarck, schreibt die „Debatte“, wirklich den Moment für günstig erachtet, von den Fesseln des Gasteiner Vertrages sich zu befreien, um die Herzogthümerfrage wieder auf die Basis der Personal-Union zu stellen, d. h. auf seine Februardepeche zurückzugehen, dann würde auch wohl Österreich seinerseits auf seine Märzdepeche, die jene Februarantrede beantwortet, zurückzugehen veranlaßt sein, d. h. wiederholt zu erklären, daß er jenen Vorschlägen nie zustimmen könnte, insofern die Annahme der Februarbedingungen wäre noch nicht die Personalunion in dem Sinn, wie Lauenburg mit der Krone Preußens verbunden ist, sondern jene Bedingungen waren unter der Voraussetzung gestellt, daß der als successionsberechtigt nachgewiesene Souverän die Regierung erhalten sollte. Als Forum der Entscheidung dieser Frage, kann aber das preußische Kronsyndicat, falls man etwa auf dessen bekannte Entscheidung verweisen sollte, nicht angesehen werden. Im Ubrigen hat vorläufig das preußische Cabinet sich weder gegen die Fortsetzung der Gasteiner Convention noch für den Standpunkt des Februar erklärt, sondern eben nur Beschwerde geführt gegen die Zulassung der Altonaer Versammlung, welche Beschwerde eben auf Grund des Gasteiner Vertrags zurückgewiesen wurde.

Nach der „Flensb. N. Z.“ soll in Schleswig in Regierungskreisen ernstlich darüber verhandelt sein, den Behörden aufzugeben, die Statuten und Namenslisten der einzelnen schleswig-holsteinischen Vereine einzufordern. Die Ansichten sollen darüber verschieden gewesen sein, ob die Behörden der einzelnen Districte ohne weitere Anordnung der Regierung eine derartige Maßregel zu ergreifen hätten oder ob richtiger eine solche Anordnung von der Regierung zu treffen, um erforderlichen Falles leichter und rascher einzutreten zu können. Namentlich hört man, daß es zur Sprache gekommen sei, ob es nach der Gasteiner Convention selbst noch zu dulden sei, daß einzelne Beamte in Holstein sich an einer Agitation beteiligen, welche den Auslassungen des österreichischen Statthalters über die Bedeutung des Gasteiner Vertrages geradezu widerspricht.

Der österreichische Ministerialrath v. Hoffmann ist nach Hamburg gereist, um mit dem Syndicus Merci die Verhandlungen über die Regelung der Münzverhältnisse zwischen Holstein und Hamburg einzuleiten.

Der „Moniteur“ veröffentlicht jetzt in extenso die bereits telegraphisch signalisierte Depeche des Herrn v. Montholon bezüglich der Vorgänge am Rio grande. Der französische Gesandte thiebt ausführlich seine in dieser Angelegenheit mit der Regierung in Washington gepflogenen Besprechungen mit, um wie auch das Telegramm schon angezeigt, zu dem Schlusse zu gelangen, daß die Regierung sich in keiner Weise zu einem Neutralitätsbruch in der mexikanischen Frage werde fortsetzen lassen.

In der Adresscommission des französischen gesetzgebenden Körpers hat sich bei Besprechung der mexi-

canischen Angelegenheit das seltsame Factum herausgestellt, daß in Bezug darauf die Mitglieder aller Nuancen — Majorität, Centrum und Tiers-parti — Einer Meinung waren, d. h. der Meinung, es sei das Beste, den Rückzug der Truppen aus Mexico bald möglich zu bewerkstelligen.

Über eine Differenz zwischen Frankreich und Russland wird der „Kölner Ztg.“ unter dem 8. Februar aus London geschrieben: „Auf den russischen Gesandtschaften hier und in Paris herrscht einige Bestürzung, weil die französische Regierung sich weigert,

einige falsche russische Banknoten, die lange auf englischem Boden ihr Unwesen getrieben haben, an die englische Polizei auszuliefern. Sie hatte, wie es das Gesetz verlangt, die nötigen Schuldbelege gesammelt und durch Lord Cowley dem französischen Minister des Auswärtigen vorlegen lassen. Dieser jedoch verweigerte die Auslieferung der Angestellten, weil sie französische Unterthanen seien, auf die sich der Auslieferungsvertrag von 1843 (er ist bekanntlich für nächsten Juni gekündigt) nicht beziehe. Im Tractate ist allerdings nicht von Nationalität, sondern nur vom Orte des begangenen Verbrechens die Rede, und in England war, bis jetzt wenigstens, der erste Paragraph des betreffenden Tractates dahin verstanden worden, daß „Jedermann“ (any person steht im Vertrage) an den Staat ausgeliefert werden müsse, auf dessen Boden er gefrevelt habe. Herr Trouyn dagegen behauptet, daß das toute personne in diesem Falle sich nicht auf Franzosen beziehen könne, und bis jetzt haben die Vorstellungen der britischen und russischen Gesandtschaft in Paris diese seine Auffassung nicht zu erschüttern vermocht.

Die italienische Regierung hat aus Sparmaßnahmen die im großartigsten Maßstabe begonnenen Arbeiten am Hafen von La Spezia eingestellt.

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat General Prim an das progressistische Comité ein Schreiben geschickt, in welchem er von seinem Verfahren Rechenschaft ablegt und einige Beschwerden bezüglich der letzten Ereignisse erhebt.

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die Verlobung des jüngsten russischen Chronologers mit Prinzessin Dagmar nunmehr feststehe. Die Verlobung findet im April am Geburtstage des Königs Christian IX. statt.

In Athen circuliert das Gerücht, der König werde sich auf drei Monate nach Dänemark begeben, um sich zu verheirathen; die Kammer werde inzwischen eine aus drei Mitgliedern bestehende Regierung einsetzen.

Der Kampf zwischen den beiden Häusern des Parlaments von Victoria über das Budget, der sich um die Schutzollfrage als seinen Augelpunkt dreht, hat, wie aus Melbourne telegraphisch gemeldet wird, am 28. November zur Vertragung geführt, bei welcher Gelegenheit der Gouverneur sein Bedauern aussprach, daß der Budgetentwurf nicht genehmigt worden sei und die Verfassung kein Mittel zur Löschung des Conflictes an die Hand gebe. Wie zu erwarten war, erfolgte am 12. December die Auflösung des Parlaments; die Neuwahlen wurden bald darauf vorgenommen unter großer Aufregung und Theilnahme. Das Kupfergeschäft lag in Folge des spanischen Krieges völlig still.

Die neuseeländische Legislatur ist auf den März nach Wellington einberufen; der wichtigste Antrag, welcher eingebracht werden soll, lautet auf die Trennung der nördlichen Insel von dem Reste der Colonie. Die Regierung wird angeblich keinen Einspruch dagegen erheben. Die Rebellen bei Poverty Bay haben mehrere Schläppen erlitten; ihr Vah (befestigtes Lager) ist erobert worden. Bei Tauranga standen 400 Mann Soldaten, die gegen sie vorrücken sollen. Die Aufständischen bei Kerera haben sich ergeben.

Der „Patrie“ gehen Privatnachrichten aus Rio Janeiro vom 12. Januar zu, denen zufolge die brasilianische Regierung durch Deputés, die ihr aus Buenos Ayres und Montevideo zugegangen waren, in Erfahrung gebracht, daß der Präsident von Paraguay, Marschall Lopez, den Krieg bis aufs Äußerste weiter zu führen gedenkt. In Folge dieser Nachricht sind sofort zwei Dampfschiffe mit Kriegsmaterial nach La Plata abgesandt worden.

Nach Berichten aus Florenz vom 12. d. hat die Enquêtecommission für die Alpenbahn nahezu mit Einstimmigkeit die Gotthard-Linie angenommen. Nicht eine Stimme erhob sich für den Lufmanier. Die „Opinione“ sagt, die Regierung werde die Errichtung verlangen, sich an der internationalen Gesellschaft zur Ausführung des Unternehmens unter solchen Bedingungen zu beteiligen, welche das Budget während der ersten Jahre in seiner Weise belasten.

Die deutsch-österreichische Postkonferenz in Karlsruhe hat ihre Arbeiten beendet. Ein Postvertrag mit Italien kann nicht vereinbart werden und die dicsförmigen Unterhandlungen sind als abgebrochen zu betrachten.

Die „Leipziger Zeitung“ dementiert die Nachricht des „Frankfurter Journals“, der österreichische Antrag auf sofortige Aufnahme Holsteins in den deutsch-österreichischen Postverein werde von der Karlsruher Postkonferenz nicht angenommen werden und fügt hinzu, daß die fragliche Angelegenheit sich gegenwärtig noch im Stadium der Instructionseinteilung befindet.

## Krakau, 14. Februar.

Im Hinblick auf das die Autonomie der Gemeinden sichernde Reichsgesetz vom 5. März 1862 haben, wie wir vernehmen, das Kriegs- und das Staatsministerium bestimmt.

schlossen, daß der §. 20 der kaiserlichen Verordnung vom 19. December 1853 wegen Berücksichtigung von Invaliden und ausgedienten Militärs bei Beziehung der von den Communen zu vergebenden Dienststellen, sowie auch die Vorschift des Ministeriums des Innern vom 12. Juni 1854 über die Ausdehnung jener Verordnung auf die von ständischen Ausschüssen zu besiedelnden Manipulations- und Dienerposten nicht mehr imperativ durchzuführen, wohl aber der diesfällige Zweck durch Erweitung patriotischer Gefühle anzustreben sei.

Bei dem Wiener Central-Comité sind vom Filial-Comité zu Lemberg folgende weitere Anmeldungen für die Pariser Ausstellung eingelangt: Die f. l. Finanzlandesdirektion, Salinenwesen (verschiedene Salze und Beschreibung der Salzproduktion sammt Plan); Herr Schlegel Cornelius, Photograph (Photographien); Herr Szajnok Theodor, Photograph (Photographien); Herr Mikolasch Peter (Brandwein, Rosolio, Liqueure, Spiritus, Rum, österreich. Oele); Herr Mizeraski Felix v. Parfümerien, chemische und pharmaceutische Produkte; L. M. Baczewski's Witwe und Söhne (verschiedene Sorten Liqueure); Herr Holzer Joseph und Comp. Steinöldestillatoren (destillirtes Steinöl); Herren Bürgers und Arnold (Holz zur Instrumenten-Fabrikation, Holzdrähte, Tourniere); Herr Hanicki J. B., Damenschuhmacher (Damenstühle); Herr Trzecieski Titus und Comp., Minealdestillatoren (rohes Bergöl, Naphta, destillirt, Solaröl, Asphalt, Asphalt); Herren Falkowski Ladislaus und Wagner Gustav (Naphta roh und destillirt); Frau Dominikowska Celina (ein geschmiedetes Fenster mit 6 Scheiben und durchsichtigen Bildern); Herr Istanowewski Theophil, Ritter v. Gutsbesitzer (Pferde und Rindvieh); Herr Czepa Franz, Künstler (Bilder); Herr Jasinski Franz, Ritter v. Gutsbesitzer (Produkte der Landwirtschaft); die erste galiz. Filz- und Gutswaren-Fabrik des Moritz Lazarus (Hüte, Gelatine in Blättchen); Herr Hochfeld Joachim (Sämereien, Pottasche); die Handelskammer und Gewerbe kammer (Bücher und Karten); Herr Dom Robert (Mehl und Erdäpfel); Herr Franz Joseph, Düngergipsfabrikant (Gips); Herr Hirdeh Wenceslaus, Gutsbesitzer (Flachs roh und gehäckelt).

## Landtagsverhandlungen.

[30. Sitzung des galizischen Landtages am 9. Februar 1866.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnete die Sitzung um 11½ Uhr Vorm.

Anwesend: 135 Abgeordnete.

Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungskommissär f. l. Hofrat Ritter v. Possinger.

Nach Verlesung und Annahme des Protocols der letzten Sitzung wird eine Zuschrift Sr. Excellenz des Herrn Statthalters vom 8. d. vorgelesen, worin mitgetheilt wird, daß Sr. l. Apost. Majestät mit der a. b. Entschließung vom 31. Jänner d. J. die vom Landtage in der 20. Sitzung am 12. Jänner l. J. beschlossene Landadresse allernächst zur Kenntnis zu nehmen geruht haben.

Folgt die Verlesung der neuerdings dem Landtage überreichten Petitionen, worauf der Obmann der Petitionscommission, Abg. v. Bozkowski eröffnet, daß die Petition der Gemeinde Rožnow wegen zu gewährender Erleichterung in der Wechsel-Execution unmittelbar an die Commission für Rechtsangelegenheiten geleitet wurde.

Zur Tagesordnung übergehend, wird die Wahl eines Stellvertreters in den Landesausschuß aus der Mitte der Repräsentanten der Städte und Handelskammern vorgenommen. Zum Scrutinium werden die Abgeordneten Antoni, Agoston und Vilmos bestimmt. Nach einer kurzen Unterbrechung wird das Wahlergebnis veröffentlicht. Anzahl der Stimmenden 18; Dr. Koczyński erhielt alle Stimmen, ist somit stellvertretendes Landesausschusssmitglied.

Darauf wird zur Wahl eines Stellvertreters in den Landesausschuß aus dem ganzen Hause geschritten. Zum Scrutinium werden die Abgeordneten Pawlikow, Zafrewski, Trzecieski, Raczkowski, Cywiński, Kurylowicz, v. Gniewosz und v. Młock aufgefordert.

Abg. v. Koczyński legt den Bericht des Landes-Ausschusses vom 17. December 1865 in der Katastralgrundabschätzung an.

Wäre uns, schreibt der „Egas“, die Wahl gelassen worden, so hätten wir von zweien unzweifelhaft einen Bericht, der erst zur Gemeindevertretung und durch sie zum Statut für Krakau führt, nicht den Gegengeweg. Ohne Detraction oder Initiative konnte es wohl ohnhin nicht gehen. Ein auf diesem Wege erlangtes Statut hätte vielleicht minder fehlerhafte Seiten gehabt, als der jetzt discutierte Entwurf von 1863. Heute sei es zu spät die Möglichkeit dieses ausführlichen Berichtes mehrere Stunden in Anspach nehmen und zu keinem Resultat führen würde, weil erst die bereits gewählte Specialcommission nach Einholung der erforderlichen Auskünfte im Stande sein wird, dem Landtage über diese Angelegenheit deutlich formulirte Anträge zu stellen, stellt der Redner den Antrag, das Haus möge von der Vorlesung des Berichtes Umgang nehmen und denselben an die Katastralcommission überweisen. — Der Antrag wird mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen.

Hierauf wird folgendes Ergebnis der Wahl des Stellvertreters eines Ausschusssmitgliedes bekannt gegeben: Anzahl der Stimmenden 81; Abg. Hoppen erhielt 57 Stimmen, Dr. Kabat 15; v. Czajkowski 4; v. Gniewosz 3 Stimmen; — Abg. Hoppen ist somit zum Stellvertreter in den Landesausschuß erwählt.

Dann folgt die Wahl der 5 Mitglieder in die Commission für das Wassergesetz. Zum Scrutinium werden die Abgeordneten v. Zuk, Skarzewski, Rausowicz, Zbyszewski, Loziński, v. Bochenksi, Haubner, Graf Russaki, v. Polanowski und Pietruszewicz bestimmt.

Abg. Dr. Zyblkiewicz legt den Bericht der Commission für die städtischen Gemeindeordnungen über den Antrag des Dr. Samelohn in Betreff der Verleihung eines Gemeinde-Statuts für die Stadt Krakau vor. Die Commission beantragt, das Haus wolle den vom Abg. Samelohn eingebrachten Entwurf der Gemeindeordnung für die Stadt Krakau mit den von der Commission gemachten Änderungen annehmen. Die Commission schlägt jedoch diesen Entwurf nur als ein provisorisches Gesetz vor, welches für die Stadt Krakau nur so lange zu gelten hätte, bis sich die Krakauer Commune auf dem geeigneten Wege selbst ein Statut ausarbeitet. In der Vorausicht, daß das Haus werde mit der Ansicht der Commission einverstanden sein, hat sich dieselbe in keine sonst wünschenswerthen Änderungen und Verbesserungen dieses Entwurfs eingelassen, sondern sich bloss darauf beschränkt, einige Bestimmungen zu ändern oder zu streichen, welche entweder mit den bestehenden Gesetzen im Widerspruch stehen oder in anderen bereits geltenden Gesetzen enthalten sind.

Über diesen Commissionsantrag wird die Generalsdebatte eröffnet.

Abg. Starowiejski ist mit der Commission einverstanden, daß die für die Stadt Krakau zu beschließende Gemeindeordnung provisorisch zu sein hätte, ist aber gegen die von der Commission beantragte

im bloc-Annahme des Entwurfs. Seiner Ansicht nach soll das Haus in die Prüfung der wesentlichen Grundlagen des Entwurfs in Betreff des Wahlrechtes und des Umfangs des autonomen Wirkungskreises eingehen.

Abg. Zbyszewski meint, der Landtag solle für Krakau nicht ein provisorisches, sondern ein definitives Statut beschließen und deshalb sei er für die eingehende Prüfung des Entwurfs, um die für notwendig erachteten Modifizierungen vorzunehmen.

Abg. Dr. Kapiszewski findet, daß der Entwurf einen ausgeprägten polnischen und katholischen Charakter nicht besitzt. In dieser Hinsicht zeichne sich der vom Lemberger Gemeinderath ausgearbeitete und dem Landtage vorgelegte Entwurf der Gemeindeordnung für die Stadt Lemberg durch ungleich größere Gründlichkeit aus. Weitere Bemerkungen behält sich der Redner für die Specialdebatte vor.

Graf Borkowski bemerkt, ein jedes Gesetz sei mehr oder weniger provisorisch, weil es geändert oder durch ein anderes ersetzt werden kann. Es handele sich hauptsächlich darum, daß Krakau so bald als möglich eine Repräsentanz erhalten. Dies lasse sich am besten auf dem Wege erreichen, welchen der Entwurf der Commission angibt.

Abg. v. Krzeczonowicz beantragt die Vertagung der Debatte bis zur Genehmigung der allgemeinen Gemeindeordnung von Seite des Landtages.

Abg. Grocholski beantragt, den Entwurf an die Commission mit der Aufforderung zurückzuleiten, den ganzen Entwurf en detail zu prüfen und jene Modificationen vorzunehmen, welche dem Berichte zufolge wünschenswerth erscheinen.

Adam Graf Potocki unterstützt den Antrag des Abg. Grocholski.

Die Abg. Trzecieski, Dr. Landesberger, Dr. Samelohn und Gf. Golejewski sprechen für den Commissionsantrag.

Heinrich Gf. Bodzicki neigt sich dem Antrage des Abg. Grocholski zu und schlägt vor, die Commission möge die principielle Grundlage des Entwurfs vorlegen, auf welcher das Haus das Statut zu beschließen hälte.

Abg. v. Krzeczonowicz ergreift wiederholt das Wort und zieht seinen Antrag zurück, in dem er den Antrag des Abg. Grocholski unterstützt.

Die Discussion wird geschlossen und zur Abstimmung über den Antrag des Abg. Grocholski geschriften. Der Schluß dieses Protocols lautet wörtlich: „Wie ich schon oben bemerkt habe, kann ich die fragliche Begegnung nur einzige und allein aus dem Grunde der Beschlüsse über den Bestiftungswang, (Große Unruhe), der Präsident erklärt den Ruf zur Sache). Pratosobeva vertheidigt den Liberalismus, die Partei Springenstein vertheidigt die Regierung; der moderne Liberalismus übe nur Werke der Zerstörung und Vernichtung. (Lebhafte Diskussion). Das heilige der Beschlüsse über den Bestiftungswang, (Große Unruhe), der Präsident erklärt den Ruf zur Sache). Pratosobeva vertheidigt den Liberalismus, die Partei Springenstein habe das Armengebot verworfen. (Lebhafte Diskussion). Die Ausschussträge und der Antrag Dienst's werden angenommen.

Ljubljana, 12. Februar. (Landtagssitzung.) Teman interpelliert wegen der Sitzung des Scrutiniums und Wegnahme der Wahlacten bei den letzten Ergänzungswahlen der Ljubljaner Handelskammer. Über den Antrag Bleiweis wegen Regelung der Unterrichtssprache in den Volks- und Mittelschulen wird nach mehrstündigem lebhafter Debatte zur Tagesordnung übergegangen.

Im vierten Briefe des vom „Egas“ publicirten „Ausflugs nach Lemberg“ des Historikers Herrn Joseph Szuzski erörtert Autor ausführlich die Frage der durch den bekannten Antrag Graf Goluchowski's angeregten Frage der Gleichberechtigung der Juden und spricht sich für letztere aus. Der fünfte und letzte Brief erklärt sich für die Grund-Parellierung, die schließlich zu Gunsten des Wohlstandes und der Nationalität aussalte.

Aus Pest, 12. d., wird gemeldet: Die heutige Konferenz dauerte über drei Stunden. Graf Oziray präsidierte. Bei 30 Redner beteiligten sich an der Discussion. Für eine Separatadresse sprachen die Grafen Anton Szczecen, Anton Majláth, Ladislaus Erdödy, Hunyady, Dionysius Széchenyi; die Barone Messnig, Ambroz; die Obergespanne Nikolaus Bay, Wenckheim, Majláth, Rudnay, Széchenyi u. c.; die Bischöfe Nanolder und Lovay. Gegen eine Separatadresse ergripen das Wort die Grafen Georg Karolyi, Alexander Haller, Emanuel Andrássy, Joseph Palffy, Obergespan Tomesanyi u. c. Zufolge Antrages des Grafen Georg Festetics soll die Magnatenstafel eine Separatadresse erlassen und derselbe in der nächsten öffentlichen Sitzung einen Adressausschuß wählen. Dieser Antrag sond Zustimmung und ist auf morgen eine öffentliche Sitzung anberaumt.

Telegraphische Landtagssberichte.

Wien, 12. Februar. (Tel. d. B. V.) Bei Beginn der heutigen Landtagssitzung teilte der heutige Landtagssitzung der Statthalter mit, daß die Session um sechs Tage verlängert wurde. Die Befordnung wird von der Tagesordnung abgelebt. Hierauf referiert

Abg. Zbyszewski meint, der Landtag solle für Krakau nicht ein provisorisches, sondern ein definitives Statut beschließen und deshalb sei er für die eingehende Prüfung des Entwurfs, um die für notwendig erachteten Modifizierungen vorzunehmen.

Abg. Dr. Kapiszewski findet, daß der Entwurf einen ausgeprägten polnischen und katholischen Charakter nicht besitzt. In dieser Hinsicht zeichne sich der vom Lemberger Gemeinderath ausgearbeitete und dem Landtage vorgelegte Entwurf der Gemeindeordnung für die Stadt Lemberg durch ungleich größere Gründlichkeit aus. Weitere Bemerkungen behält sich der Redner für die Specialdebatte vor.

Graf Borkowski bemerkt, ein jedes Gesetz sei mehr oder weniger provisorisch, weil es geändert oder durch ein anderes ersetzt werden kann. Es handele sich hauptsächlich darum, daß Krakau so bald als möglich eine Repräsentanz erhalten. Dies lasse sich am besten auf dem Wege erreichen, welchen der Entwurf der Commission angibt.

Abg. v. Krzeczonowicz vertheidigt die Regierung; der moderne Liberalismus übe nur Werke der Zerstörung und Vernichtung. (Lebhafte Diskussion). Die Ausschussträge und der Antrag Dienst's werden angenommen.

Ljubljana, 12. Februar. (Landtagssitzung.) Teman interpelliert wegen der Sitzung des Scrutiniums und Wegnahme der Wahlacten bei den letzten Ergänzungswahlen der Ljubljaner Handelskammer. Über den Antrag Bleiweis wegen Regelung der Unterrichtssprache in den Volks- und Mittelschulen wird nach mehrstündigem lebhafter Debatte zur Tagesordnung übergegangen.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 13. Februar.

Über den mysteriösen Vorfall im Mariahilfer Gemeindehause schreibt die „G. C.“: Einige Auflklärung über den mysteriösen Vorfall im Mariahilf-Gemeindehause zu Mariahilf dürfte die protocollarisch aufgenommene Aussage des Magistratssekretärs Eduard Seis bilden. Der Schluß dieses Protocols lautet wörtlich: „Wie ich schon oben bemerkt habe, kann ich die fragliche Begegnung nur einzige und allein aus dem Grunde für eine Sinnestäuschung nicht halten, weil die zu rückgebliebenen Eindrücke so lebhaft sind; sollten jedoch Sinnestäuschungen vorkommen, die so lebhafte Bilder wecken und im Gedächtnis erhalten, so müßte ich auch diese Begegnung als eine Erscheinung halten, die aus einer Sinnestäuschung entspringt, jedenfalls müßten sich die Aerzte darüber aussprechen, ob so etwas möglich ist.“ Diese Aussage dürfte wohl die gleich anfangs gehegte Vermuthung, daß die Phantasie des Anzeigers im hohen Grade erregt gewesen, nur bestärken, und es läßt sich unter solchen Umständen wohl auch starker Zweifel gegen den wirklichen Bestand eines Briefes, den Herr Seis gelesen, dessen Inhalt er seinem Gedächtnisse eingeprägt haben will und der sogar schon in die Spalten eines heutigen Abendblattes Eingang gefunden hat.

Die „R. sr. Presse“ meldet, daß der als Compositore bekannte Sohn des Hrn. Sectionschefs Ritter v. Savenu zum Capellmeister am Wiener Hofopertheater ernannt werden sei.

Die Mehrzahl der deutschen Professoren am polytechnischen Landesinstitute in Prag hatte bekanntlich beim Landtage eine Petition eingebracht, welche dahin ging, der Landtag wolle eine Revision des Statutes des polytechnischen Landesinstitutes in dem Sinne beschließen, daß das Lehrpersonal in einem deutschen und böhmischen Lehrkörper getrennt werde. Die Petition wurde vom Landesausschuß dem Lehrkörper des Institutes zur Beratung übergeben und von diesem mit 14 gegen 7 Stimmen verworfen.

Der „Kieler Zeitung“ zufolge sollen außer 10 Ständemitgliedern noch 10 Metabeln nach Wahl der Landesregierung zur Budgetberat



# Amtsblatt.

## Kundmachung. (163. 3)

Zur Bestätigung der nach dem Auftreten der Triebenkrankheit sich verbreiteten Furcht vor dem Genuss des Schweinfleisches und der daraus bereiteten Nahrungsmittel wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß nach den bisherigen Erfahrungen nur das vollkommene Scharfsbraten, sowie das vollständige Garkochen des in nicht zu großer und zu dicke Stücke zerlegten, selbst des geräucherten Schweinfleisches und der Erzeugnisse aus demselben den Genuss solcher Speisen unbedenklich macht und vor der gedachten, schmerzhaften und gefährlichen Krankheit schützt.

Bon der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, den 4. Februar 1866.

## Kundmachung. (163. 3)

Der Rinderpestausbruch in Perechinsko Rozniatow, Zawadka Zurawnoer, Kijowice Mikolajower Siechow Stryjer, Marktofte Sokolow und Dzieduszycze wielkie-Bolechower Bezirk, sowie die Einstellung der Hornviehmärkte und des Viehverkehrs im ganzen Stryjer Kreise wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Bon der f. f. Statthalterei-Commission

Krakau am 5. Februar 1866.

## Kundmachung. (166. 3)

In Gelsendorf, Bolechower Bezirk ist die Rinderpest erloschen, hingegen in Kijowce, Mikolajower Bezirk, neu ausgebrochen. In Folge dieses neuen Seuchenausbruches wird die Verfügung vom 20. Jänner 1866 über diesen Seuchenzort für Triebherden bestimmten Route aufgehoben und bestimmt, daß die Triebherden von der Beschaftstation Zurawno lediglich über Stryj infestiert werden, woselbst solche entweder auf der Aerarialstraße nach Lemberg oder Sambor infestiert werden.

Diese Mitteilung des Stryjer Kreisvorstehers vom 24. Jänner 1866 wird mit dem Besaize zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß durch das Erlöschen der Rinderpest in Turynka der ganze Zolkiewer Kreis seuchenfrei geworden ist.

Bon der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 31. Jänner 1866.

## Kundmachung. (162. 3)

In der ersten Hälfte des Monates Jänner 1. J. ist die Rinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 2 Ortschaften des Stryjer und je 1 des Samborer und Kolomeauer Kreises neu ausgebrochen, dagegen in 6 Ortschaften des Błoczower, 4 des Samborer, je zwei des Gorzkower, Tarnopoler, Zolkiewer und Stryjer und 1 des Lemberger Kreises erloschen. Es werden demnach noch 8 Seuchenorte im Ausweise geführt, u. z. je 3 des Samborer und Stryjer, je 1 des Błoczower und Kolomeauer Kreises, während die übrigen Kreise seuchenfrei sind.

Diese Mitteilung der Lemberger f. f. Statthalterei vom 20. Jänner 1866 wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Bon der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 2. Februar 1866.

## Kundmachung. (161. 3)

In den letzten drei Monaten des abgelaufenen Jahres hat die Rinderpest in allen 5 Gouvernementen des Königreichs Polen und zwar in 74 in 14 Distrikten gelegen, welche neu ausgebrochen, dagegen in 6 Ortschaften des Błoczower, 4 des Samborer, je zwei des Gorzkower, Tarnopoler, Zolkiewer und Stryjer und 1 des Lemberger Kreises erloschen. Es werden demnach noch 8 Seuchenorte im Ausweise geführt, u. z. je 3 des Samborer und Stryjer, je 1 des Błoczower und Kolomeauer Kreises, während die übrigen Kreise seuchenfrei sind.

Der Milzbrand war bloß in 7 in 2 Bezirken gelegenen Ortschaften des Radomer Gouvernement ausgetragen und bestand nur noch in Sudziszow zu Ende des v. J. in unbedeutendem Umfange.

Diese günstig lautenden Nachrichten welche das Königreich Polen zu Ende des v. J. als seuchenfrei bezeichnet werden mit dem Besaize zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß sich die f. f. Statthalterei-Commission bestimmt findet,

die Ein- und Durchfuhr von geschmolzenem Unschlitt und Woll aus Polen unter der Bedingung zu gestatten, wenn erstes in Fässern, letztere in Säcken verpackt ist und die Provinz der letzteren Ware aus Orten, wo zur Zeit der Wollshut die Rinderpest nicht geherrscht hat, durch obrigkeitlich beglaubigte Certificate nachgewiesen wird; im übrigen wird aber das mit der hierigen Kundmachung vom 26. September v. J. 25990 verlaubt, bis zur definitiven amtlichen Mittheilung über das völlige Erlöschen der Rinderpest im ganzen Königreiche Polen aufrecht erhalten.

Bon der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 5. Februar 1866.

## Verzeichniß (143. 3)

jener Verlags-Artikel, welche seit August 1864 bei der f. f. Schulbücher-Verlags-Direction neu erschienen und von den bestehenden Schulbücher-Verschleißern zu beziehen sind.

Bon Normal-Verlage:

In deutscher Sprache:

Lektüren zur Bibel 2½ Bogen, kostet . . . . . 6 fr.

Lektüre zur Bibel 3½ Bogen . . . . . 9 fr.

Vieberbuch für israelitische Volksschulen . . . . . 39 fr.

Bon Fächerlichen Verlage:

In polnischer Sprache:

Szkołowa zycia (Lebenswirke) 8½ Bogen . . . . . 35 fr.

Sto obrazów natury z ziem ojczyzny (Home-land Naturbilder) 9 Bogen . . . . . 64 fr.

## Kartenwerke.

Höhenrichten-Karten:  
Österreich ob und unter des Enns und Salzburg colorirt . . . . .

dieselbe Karte schwarz . . . . . 15 fr.

Böhmen colorirt . . . . . 1 fl.

dieselbe Karte schwarz . . . . . 15 fr.

Steiermark colorirt . . . . . 60 fr.

dieselbe Karte schwarz . . . . . 15 fr.

Von der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, 30 am Jänner 1866.

benden Eigenthums- oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensationstreites abgewiesen sein und im leichteren Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld in die Massa angehalten werden würden.

Unter Einem wird zum provisorischen Verwalter dieser Concursmassa Hr. Advocat Dr. Eisenberg in Biala bestellt; zugleich wird zur Bestätigung der bestellten oder Steiermark colorirt . . . . . 60 fr.

Wahl eines neuen Vermögensverwalters, dann zur Wahl dieser Karte schwarz . . . . . 15 fr.

Wahl eines neuen Vermögensverwalters, dann zur Wahl eines Gläubigerausschusses die Tagfahrt auf den 26. April

1866 um 9 Uhr Vormittags anberaumt, bei welcher sämtliche angemeldeten Gläubiger um so gewisser zu erscheinen haben, als sonst dieselben als dem Beschlusse der Mehrheit der Erschienenen als beigetreten angesehen werden

würden.

Vom f. f. Bezirksgerichte Biala wird kundgemacht, Ein Exemplar dieses Gesuches sammt Beilage wird

dass in Folge der Güterabtretung der Concurs über das dem Erstbelangen Herrn Jozef Makowski mitgetheilt und

sämtliche wo immer befindliche bewegliche und über das den übrigen Gläubigern freigelassen, die Einsicht der Ein-

in den Kronländern, in denen die Jurisdictionnorm vom

20. November 1852, Nr. 251 R.G.V. gilt, gelegene

mündlichen Verhandlung über die angefuchte Zugestellung

der Rechtswohlthaten wird die Tagfahrt auf den 26. April

1866 um 9 Uhr Vormittags anberaumt, bei welcher die

Alle, welche eine Forderung an Ferdinand Schickedanz zu

Weinhändler in Biala, eröffnet wird. Es werden somit

Alle, welche eine Forderung an Ferdinand Schickedanz zu

Partheien bei Strenge des §. 25 G.O. und der weiteren

Strenge zu erscheinen haben, daß sie im Richterscheinungs-

Fälle als der erstatteten Einrede beigetreten angesehen wer-

den würden.

Für die zur Zeit noch unbekannten Gläubiger und unbekannten Forderungsrechtsnehmer wird ein Curator in

der Person des Hrn. Advocaten W. G. Ehrler in Biala

bestellt und den unbekannten Gläubigern und unbekannten

Forderungsrechtsnehmern aufgetragen, zu der obigen Tagfahrt

entweder persönlich zu erscheinen oder die nötigen

Behelfe und Urkunden so wie Information dem bestellten

Curator rechtzeitig mitzuteilen, oder einen anderen Sach-

walter zu wählen und dem Gerichte bekannt zu geben und

überhaupt alle zweckdienliche Rechtsmittel zu ergreifen, in-

dem sie sich die übeln Folgen selbst zuzuschreiben haben

werden.

Biala, am 25. Jänner 1866.

Vom f. f. Bezirksgerichte Biala wird kundgemacht, Ein Exemplar dieses Gesuches sammt Beilage wird

dass in Folge der Güterabtretung der Concurs über das dem Erstbelangen Herrn Jozef Makowski mitgetheilt und

sämtliche wo immer befindliche bewegliche und über das den übrigen Gläubigern freigelassen, die Einsicht der Ein-

in den Kronländern, in denen die Jurisdictionnorm vom

20. November 1852, Nr. 251 R.G.V. gilt, gelegene

mündlichen Verhandlung über die angefuchte Zugestellung

der Rechtswohlthaten wird die Tagfahrt auf den 26. April

1866 um 9 Uhr Vormittags anberaumt, bei welcher die

Alle, welche eine Forderung an Ferdinand Schickedanz zu

Weinhändler in Biala, eröffnet wird. Es werden somit

Alle, welche eine Forderung an Ferdinand Schickedanz zu

Partheien bei Strenge des §. 25 G.O. und der weiteren

Strenge zu erscheinen haben, daß sie im Richterscheinungs-

Fälle als der erstatteten Einrede beigetreten angesehen wer-

den würden.

Für die zur Zeit noch unbekannten Gläubiger und unbekannten Forderungsrechtsnehmer wird ein Curator in

der Person des Hrn. Advocaten W. G. Ehrler in Biala

bestellt und den unbekannten Gläubigern und unbekannten

Forderungsrechtsnehmern aufgetragen, zu der obigen Tagfahrt

entweder persönlich zu erscheinen oder die nötigen

Behelfe und Urkunden so wie Information dem bestellten

Curator rechtzeitig mitzuteilen, oder einen anderen Sach-

walter zu wählen und dem Gerichte bekannt zu geben und

überhaupt alle zweckdienliche Rechtsmittel zu ergreifen, in-

dem sie sich die übeln Folgen selbst zuzuschreiben haben

werden.

Biala, am 25. Jänner 1866.

Vom f. f. Bezirksgerichte Biala wird kundgemacht, Ein Exemplar dieses Gesuches sammt Beilage wird

dass in Folge der Güterabtretung der Concurs über das dem Erstbelangen Herrn Jozef Makowski mitgetheilt und

sämtliche wo immer befindliche bewegliche und über das den übrigen Gläubigern freigelassen, die Einsicht der Ein-

in den Kronländern, in denen die Jurisdictionnorm vom

20. November 1852, Nr. 251 R.G.V. gilt, gelegene

mündlichen Verhandlung über die angefuchte Zugestellung

der Rechtswohlthaten wird die Tagfahrt auf den 26. April

1866 um 9 Uhr Vormittags anberaumt, bei welcher die

Alle, welche eine Forderung an Ferdinand Schickedanz zu

Weinhändler in Biala, eröffnet wird. Es werden somit

Alle, welche eine Forderung an Ferdinand Schickedanz zu

Partheien bei Strenge des §. 25 G.O. und der weiteren

Strenge zu erscheinen haben, daß sie im Richterscheinungs-

Fälle als der erstatteten Einrede beigetreten angesehen wer-

den würden.

Für die zur Zeit noch unbekannten Gläubiger und unbekannten Forderungsrechtsnehmer wird ein Curator in

der Person des Hrn. Advocaten W. G. Ehrler in Biala

bestellt und den unbekannten Gläubigern und unbekannten

Forderungsrechtsnehmern aufgetragen, zu der obigen Tagfahrt

entweder persönlich zu erscheinen oder die nötigen

Behelfe und Urkunden so wie Information dem bestellten

Curator rechtzeitig mitzuteilen, oder einen anderen Sach-

walter zu wählen und dem Gerichte bekannt zu geben und

überhaupt alle zweckdienliche Rechtsmittel zu ergreifen, in-

dem sie sich die übeln Folgen selbst zuzuschreiben haben

werden.